

werden, ohne dass sie von einer Kommission behandelt worden sind. Ich bin einverstanden mit der Form des Postulates, weil nämlich der Ständerat in seinem Reglement diesen Zwang zur Kommission nicht kennt. Der Ständerat pflegt nur die gleiche Praxis wie die grosse Kammer. Wenn wir eine andere Praxis anwenden, würde er vielleicht auch eine andere Praxis anwenden. Es ist also nicht unbedingt nötig, dass mein Anliegen in Motionsform überwiesen wird. Ich möchte Sie doch bitten, auch da zu zeigen, dass wir ein klein wenig an unserer Form gestalten und nicht nur Rationalisierungsmassnahmen treffen können. Der Rat dürfte doch auch für sich selber noch ein wenig innovativ sein und nicht nur über die Beschleunigung der Maschinerie oder etwa noch über das Taggeld reden.

Rüttimann, Berichterstatter: Das Büro beantragt Ihnen, den ersten Teil der Motion Müller abzulehnen und den zweiten Teil in ein Postulat umzuwandeln.

Einige Worte zur Begründung: Zum ersten Teil, Behandlung ohne Kommissionsberatung, hat Herr Müller ein Beispiel aus der neuesten Zeit angeführt, nämlich die Beratung des UNO-Beitrittes. Er glaubt, dass die Meinungen bereits gemacht waren und dass die Kommission eigentlich unnötig war; darauf kommt es heraus. Man hätte diese Vorlage also direkt ins Plenum tragen sollen.

Ich möchte nun vor allem den Damen und Herren der UNO-Kommission die Frage stellen, wie sie diese Auffassung beurteilen. Meines Wissens verliefen die Verhandlungen in der Kommission ziemlich turbulent, es ging hin und her, hin und zurück; zuerst wurden Hearings durchgeführt, in einer späteren Phase schickte man noch Herrn Staatssekretär Probst nach New York, um vor allem den Neutralitätsvorbehalt mit den UNO-Spitzen zu besprechen, dann wurde in der Kommission wieder weiterdebattiert usw.

Ein anderes Beispiel ist Kaiseraugst: Man kann sagen, die Meinungen seien gemacht; das wird der Fall sein. Vielleicht sind sie sogar zu steif gemacht, indem man sich gegenseitig gar nicht anhören will. Aber auch Kaiseraugst ist ein solches Politikum, das wir nicht einfach ohne Vorberatung in einer Kommission direkt in den Rat bringen könnten. Stellen Sie sich die Behandlung hier im Rat vor! Ich glaube doch sagen zu dürfen, dass diese ohne Vorberatung um einiges komplizierter würde! Herr Müller hat in seiner Begründung noch die Schwerverkehrsabgabe angeführt, die der Ständerat seinerzeit blockiert habe. Das sind die Beispiele.

Wir glauben, dass nach wie vor Kommissionen bestellt werden sollten, um unseren Ratsbetrieb zu straffen. Es geht nämlich vor allem um die Rationalisierung des Ratsbetriebes. Die Kommissionen – darauf komme ich noch zu sprechen – haben es eher in den Händen, etwas in dieser Richtung beizutragen. Wollten wir ohne vorgängige Kommissionsberatung Geschäfte – seien es scheinbar wichtige oder unwichtige – vornehmen, würden wir wahrscheinlich unsere Wunder erleben! Wir glauben also, dass an diesem Kommissionssystem festgehalten werden soll.

2. Teil: Wir sind mit Herrn Müller einverstanden, dass der «Eigengesetzlichkeit», die gewisse Kommissionen entwickeln, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Das Büro hat sich mit den Fraktionen zusammen zu überlegen, wie man das besser in den Griff bekommen könnte: Die Fraktionsvertreter in den Kommissionen sollten gewisse Vorstösse unternehmen können, damit ein Geschäft zügig behandelt beziehungsweise zurückgestellt wird und vorläufig keine Sitzungen mehr abgehalten werden. Es sind verschiedene Varianten möglich.

Das Büro ist also bereit, diesen Teil der Kommissionsarbeit im Sinne einer strafferen Führung besser zu überwachen. Es bleibt dem Büro überlassen, wie es das bewerkstelligen will, ob es einen Antrag auf Änderung des Reglementes vorbereiten und vorschlagen will.

Ich beantrage Ihnen also zusammenfassend Ablehnung des ersten Teiles der Motion und Umwandlung des zweiten Teiles in ein Postulat, Herr Müller ist im Gegensatz dazu bereit, beide Teile in ein Postulat umzuwandeln. Die Differenz bezieht sich also eigentlich nur auf den ersten Teil.

Ziffer 1 – Chiffre 1

Abstimmung – Vote

Für Überweisung als Postulat
Dagegen

Minderheit
offensichtliche Mehrheit

Ziffer 2 – Chiffre 2

Le président: Le deuxième point de la motion est accepté par le Bureau comme postulat. M. Müller consent à le transformer en postulat. Ce postulat est-il combattu au sein du Conseil?

Je constate qu'il n'est pas combattu.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

83.010

Wissenschaftliche Forschung.

Beiträge 1984 bis 1987

Recherche scientifique.

Contributions 1984 à 1987

Siehe Seite 150 hiervor – Voir page 150 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 15. März 1984

Décision du Conseil des Etats du 15 mars 1984

Differenzen – Divergences

Art. 1 bis 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 à 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

M. Couchepin, rapporteur: Le Conseil des Etats a pris la semaine passée deux décisions à propos de cet objet. Tout d'abord, il a maintenu la divergence qui oppose les deux conseils à propos du crédit-cadre pour la recherche scientifique 1984 à 1987. En outre, il a décidé de déclarer sa décision définitive. Nous nous trouvons dès lors placés devant l'alternative suivante: ou bien nous nous rallions à la décision du Conseil des Etats ou bien nous maintenons la divergence.

La conséquence du choix du premier terme de l'alternative est simple: le crédit destiné à la recherche scientifique pour la période 1984 à 1987 serait fixé au montant proposé par le Conseil fédéral. Beaucoup plus graves seraient les conséquences si nous choisissons le second terme de l'alternative. Le maintien de la divergence aboutirait à la réunion d'une conférence de conciliation et, en cas d'échec de la conciliation, au rejet de l'ensemble du projet, ce qui n'est évidemment pas notre intention. Dès lors, votre commission vous propose à l'unanimité de vous rallier à la décision du Conseil des Etats.

C'est par souci d'efficacité parlementaire que la majorité de la commission s'est ralliée à la solution préconisée par le Conseil des Etats. Plus que jamais, nous sommes convaincus qu'un effort supplémentaire et prioritaire dans le domaine de la recherche scientifique est, a été et reste nécessaire.

Trois événements récents nous confirment dans ce sentiment. Je les évoque parce que je crois qu'ils doivent être rappelés à l'opinion publique. Il y a tout d'abord, sur le plan européen, une décision de la CEE, qui veut lancer ce que l'on a appelé le programme «Esprit». Il consiste à investir, durant la période 1984 à 1988, soit pendant une durée de

cinq ans, un milliard et demi d'unités de compte européennes (ECU), ce qui représente à peu près 1,5 milliard de dollars, dans le développement de techniques de pointe dans le domaine de la robotique, de l'informatique et de la bureautique. Il existe des projets qui visent à développer sur une base industrielle les circuits intégrés, des logiciels capables d'apprendre par l'expérience, et toute une série d'autres projets.

D'autre part, la France prévoit de consentir, en plus de l'effort qui est accompli par la Communauté européenne, un effort particulier pour développer la formation dans le domaine de l'électronique et assurer ce que l'on a appelé – termes un peu barbares – un meilleur couplage recherche-industrie et enfin, améliorer l'efficacité des incitations publiques à la recherche industrielle.

La troisième décision qui nous intéresse, puisqu'elle augmentera la capacité concurrentielle de nos industries, est celle de la mise sur pied du programme allemand concernant l'informatique et la micro-électronique, qui a été annoncée très récemment et qui prévoit des investissements pour un montant de 3 milliards de DM, soit 2,5 milliards de francs suisses environ, à dépenser jusqu'en 1988.

Notre commission, désireuse de savoir où en sont l'industrie et la recherche scientifique suisses face à l'aggravation de la concurrence internationale dans le domaine de haute technologie, a demandé au Conseil fédéral de préparer un rapport sur l'état de la science suisse en regard de la concurrence. Lorsque ce document sera en notre possession, nous vous présenterons de nouvelles propositions. Pour l'instant, nous vous invitons simplement à vous rallier à la décision du Conseil des Etats relative aux crédits de recherche.

Frau Segmüller, Berichterstatterin: Der Ständerat hat letzte Woche entschieden, an seinem Beschluss bezüglich der Beiträge an die Institutionen der Forschungsförderung für die Jahre 1984 bis 1987 festzuhalten und ihn als endgültig zu erklären.

Unter diesen Umständen beantragt Ihnen Ihre einstimmige Kommission heute Zustimmung zum Ständerat. Der Verzicht auf Erhöhung der Forschungsbeiträge um 110 Millionen Franken muss auch im Lichte der Tatsache gesehen werden, dass es dem Rat nicht gelungen ist, in einem anderen Ausgabenbereich eine kompensatorische Kürzung zu finden.

Ungelöst bleibt für unser Land nach wie vor das Problem, wie in der Forschung generell und in den neuen Technologien im besonderen ein Rückstand gegenüber dem Ausland vermieden werden kann. Ein Blick auf die Situation im Ausland drängt sich auf. Deutschland hat letzte Woche beschlossen, 3 Milliarden D-Mark in die Forschung für Informatik und die Mikroelektronik zu investieren. Frankreich verstärkt auf breiter Basis seine Anstrengungen im Bereich der technologischen Forschung mit verschiedenen Mehrjahresprogrammen. Die EG schliesslich hat mit der Lancierung des Programmes «Esprit», dotiert mit 1,5 Milliarden Dollar für eine erste Phase von fünf Jahren, ihren Willen bekundet, den technologischen Rückstand aufzuholen.

Ihre Kommission erwartet daher, dass der Bundesrat der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung im internationalen Vergleich grösste Aufmerksamkeit schenkt und dem Parlament frühzeitig über allenfalls notwendige Sondermassnahmen Bericht erstattet. Eine erste Gelegenheit dazu wird sich bei der Behandlung der Vorlage betreffend das Forschungsinstitut für Mikroelektronik in Neuenburg ergeben.

Für heute aber ersucht Sie die Kommission aus den oben erwähnten Gründen um Zustimmung zu den Beschlüssen des Ständerates.

M. Ruffy: Il faut bien reconnaître qu'aujourd'hui nous nous heurtons à l'attitude intraitable du Conseil des Etats qui, par un double vote, a manifesté qu'il ne peut plus nettement sa volonté d'économiser sur le dos de la recherche. En effet, ces 110 millions supplémentaires demandés et votés par notre conseil correspondaient à ce qu'avait demandé le

Fonds national suisse de la recherche, malheureusement supprimé par le Conseil fédéral. Il ne s'agit donc nullement d'une somme imaginaire. Alors que nous ne cessons de constater des retards dans le domaine de la recherche dans différents secteurs, alors qu'en Allemagne on investit plusieurs milliards afin de rattraper le retard dans l'informatique, alors que les ministres européens de l'industrie votent une enveloppe de trois milliards sur quatre ans pour amorcer le programme «Esprit», alors que les volées d'étudiants qui vont sortir de l'université n'ont jamais été aussi nombreuses, nous diminuons la part de nos crédits affectés à la recherche. Je n'ai pas parlé des sommes rognées à la Société suisse de sciences naturelles, ainsi qu'à la Société suisse des sciences humaines. Les moyens dont elles disposent sont très modiques compte tenu des fonctions qu'elles remplissent.

Il y a une limite à tout, même au dévouement et il ne suffit pas de parer ces sociétés du titre vertueux d'institutions scientifiques de milice pour exiger d'elles qu'elles accomplissent en permanence des miracles. Leur travail est indispensable, il mérite notre soutien, y compris notre soutien financier, et non pas cet acharnement mesquin dicté par l'obsession indifférenciée de faire des économies.

Qu'on n'oublie pas que sur les 8 milliards prévus pour les quatre prochaines années comme crédit d'armement on ne nous promet des économies que de l'ordre de 200 millions. Or, dans le domaine de la recherche, on va économiser 110 millions sur 849. Ce n'est pas ce qu'on appelle la symétrie des sacrifices mais bien de la dissymétrie, et dans le mauvais sens.

Nous avons pris du retard dans de nombreux domaines, par notre décision nous allons en prendre davantage encore. Compte tenu de cette situation regrettable, j'aimerais vous poser trois questions, Monsieur le Conseiller fédéral: serez-vous en mesure d'atténuer les effets négatifs de l'intransigeance du Conseil des Etats par la présentation d'un nouveau programme d'impulsion comprenant le secteur de la recherche? Que signifie pour notre pays le déclenchement d'un programme aussi important que le programme «Esprit»? Avez-vous envisagé d'associer notre pays à ces efforts européens?

Frau Mauch: Ich möchte nur auf eine Koinzidenz aufmerksam machen.

Am gleichen Tag, an dem letzte Woche der Ständerat die Aufstockung der Nationalfondsgelder abgelehnt hat, konnten wir in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, dass die Bundesrepublik Deutschland ein grosses, teures Programm – 3 Milliarden D-Mark – für die Entwicklung neuer Informationstechniken beschlossen hat. Begründet wird diese Initiative mit der Entschlossenheit der Bundesregierung, die Herausforderung der Informationstechnik anzunehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet zu verbessern. Der grösste Teil dieser Gelder wird in die Forschung gehen. Ich stelle also fest, dass wir uns einerseits gegen den Protektionismus in den Ländern wehren, die unsere Handelspartner sind, dass wir uns aber andererseits von diesen Nachbarländern überholen lassen in bezug auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, wenn es um die Forschung geht. Und zwar auf einem Gebiet, das eine Technologie anvisiert, die in Zukunft ausserordentlich bedeutungsvoll sein wird.

Unsere Nachbarländer sind bereit, diese Forschung mit grossen Mitteln zu fördern. Ich behaupte nicht, wir seien untätig, ich weiss, dass Finanzvorlagen für diese Bereiche noch auf uns zukommen, aber ich bedaure es sehr, dass wir nicht hier und jetzt bereit sind, dieses Zeichen zu setzen.

M. Bonnard: Je voudrais rappeler que le groupe libéral avait déposé une proposition lorsque cette affaire est venue pour la première fois en délibération devant le conseil. Cette proposition, différente de la décision finalement prise, visait à assurer à la recherche en matière de sciences naturelles et techniques, 110 millions de plus destinés à combler un retard avéré dans ces domaines-là. En même temps, nous

demandions la compensation de cette dépense supplémentaire.

La commission n'a pas pu suivre notre proposition, elle a simplement augmenté le montant prévu dans l'arrêté fédéral, le portant de 739 à 849 millions, sans demander qu'une priorité soit fixée ni une compensation.

Le Conseil des Etats refuse. Son attitude me paraît révéler une situation assez préoccupante. Il poursuit une politique d'économies à tout prix, un peu étroite, et il me semble être dans l'incapacité d'opérer des choix et de fixer des priorités. Cette situation est à mon avis inquiétante. Je me permets, en tant que membre d'un tout petit groupe de ce Parlement, sans influence réelle sur la politique gouvernementale, d'appeler aux partis gouvernementaux afin que ceux-ci, tout en maintenant l'objectif de la politique financière – arriver et garder l'équilibre financier à la fin de la législature – veuillent bien fixer un certain nombre de priorités de façon plus claire qu'on ne le fait aujourd'hui. J'aimerais également obtenir du Conseil fédéral l'assurance que le problème n'est pas tout simplement mis à l'écart mais que dans les trois ou quatre prochaines années des propositions nous seront présentées afin que, dans les domaines où nous avons pris du retard, un certain nombre de crédits supplémentaires soient attribués à la recherche, crédits qui sont nécessaires.

Hofmann: Nachdem das Geschäft nun so lange hin und her gegangen ist, sollten wir uns, wie es die Kommission beantragt, Ständerat und Bundesrat anschliessen. Es entsteht sonst der Eindruck, die Forschung als solche sei umstritten, und das ist sicher nicht der Fall.

Gewiss gibt es in der Forschung Gebiete, namentlich bei den Ingenieurwissenschaften, wo wir einen gewissen Rückstand haben. Es ist Aufgabe des Bundesrates, in Verbindung mit den einschlägigen Hochschulen, uns in einer speziellen Botschaft einmal diese Lücken aufzuzeigen. Ich bin überzeugt, dass, wenn daraus die Erkenntnis hervorgeht, dass wir mit einer zusätzlichen Forschungsunterstützung unserer Wirtschaft dienen und namentlich die Vollbeschäftigung erhalten können, viele Parlamentarier bereit sein werden, einem solchen Zusatzkredit zuzustimmen.

Für heute aber sollten wir die Übung abschliessen, und ich bitte Sie mit der Kommission, nun dem Ständerat und dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen.

Bundesrat Egli: Es wird Sie nicht erstaunen, wenn ich Ihnen beantrage, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Ich danke der Kommission für ihren einsichtigen Entscheid und kann Ihnen nur nochmals bestätigen, dass es mit dem Ihnen mit dieser Botschaft vorgeschlagenen Zahlungsrahmen für den Forschungsbereich nicht getan ist. Wir werden Ihnen dieses Jahr noch mehrere zusätzliche Kredite für Forschungsvorhaben beantragen. Ich schliesse nicht aus, dass im Verlaufe der Legislaturperiode im Forschungsbereich noch besondere Bedürfnisse auftreten werden. Berücksichtigen Sie auch, dass dieser Zahlungsrahmen nicht die einzige Forschungssumme ist, die wir aufzuwenden gedenken. Viele Forschungsbeiträge sind natürlich verpackt in anderen Rubriken unserer Staatsrechnung. Ich denke an die ETH, an die Annexanstalten unserer beiden Technischen Hochschulen, ich denke aber auch an die Beiträge an unsere kantonalen Hochschulen, welche teilweise auch in die Forschung gehen.

Ich möchte auch hier bestätigen, was ich bereits der Kommission versprochen habe: Wir werden der Kommission für Wissenschaft und Forschung einen Bericht abgeben über den heutigen Stand im Forschungsbereich und hauptsächlich in jenem Bereich, in dem Sie befürchten, dass wir ins Hintertreffen geraten sind, d. h. in der Informatik. Ich darf betonen, dass gerade in diesem Bereich die beiden Technischen Hochschulen, in den letzten Jahren sehr grosse Anstrengungen unternommen haben. Sie müssen nicht befürchten, dass wir hier allzu arg ins Hintertreffen geraten. Eine Botschaft ist Ihnen für das Zentrum für Mikroelektronik in Neuenburg schon unterbreitet, das sich gerade in diesem Bereich die Forschung zum Ziel gesetzt hat.

Man muss sich zudem etwas hüten vor Vergleichen mit dem Ausland. Es wurde zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich herbeigezogen. Erstens einmal handelt es sich natürlich bei der Summe um D-Mark und nicht um Franken, zweitens müssen Sie sich vergegenwärtigen, dass die Bundesrepublik ungefähr das Zehnfache an Bevölkerung aufweist, schliesslich wollen Sie vor allem beachten, dass in der Schweiz die staatlichen Forschungsgelder seit jeher einen geringeren Anteil am gesamten Forschungsaufwand ausmachten als im Ausland.

Herr Bonnard, ich kann Ihnen nicht schon heute versprechen, dass wir nochmals mit einer besonderen Vorlage aufwarten werden. Aber der bereits erwähnte Bericht wird dem Parlament Gelegenheit geben einzugreifen, wenn es glaubt, dass der Bundesrat in bezug auf die Forschung nicht genügend tut.

Ich habe Ihnen schon mehrmals dargelegt, dass es sich bei der in dieser Botschaft vorgeschlagenen Summe um einen Zahlungsrahmen handelt, also um eine unverbindliche Zahl, um eine Absichtserklärung, wie der Bundesrat zugunsten der Forschung Geld auszugeben gedenkt. Der Bundesrat kann jederzeit mit Nachtragskrediten in diesem Bereich nachstossen; es ist aber auch dem Parlament jederzeit möglich, sei es innerhalb oder sei es ausserhalb der Budgetberatungen, zusätzliche Beträge zu beantragen, um in der Forschung zu investieren.

Ich bitte Sie also, nun der Kommission zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

83.011

Hochschulförderung. Kredite Aide aux universités. Crédits

Siehe Jahrgang 1983, Seite 1397
Voir année 1983, page 1397

Beschluss des Ständerates vom 5. März 1984
Décision du Conseil des Etats du 5 mars 1984

Différences – Divergences

Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1, Art. 5a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 4 al. 1, art. 5 al. 1, art. 5a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

M. Couchepin présente au nom de la Commission de la science et de la recherche le rapport écrit suivant:

Le 5 octobre 1983, le Conseil national (Chambre prioritaire) a adopté à une forte majorité (79 voix contre 2), dans la version présentée par le Conseil fédéral, l'arrêté fédéral sur les crédits prévus pour la 5^e période de subventionnement selon la loi sur l'aide aux universités.

Les 24 et 25 novembre 1983, la Commission du Conseil des Etats, réunie à Lausanne, a examiné cet objet. Lors de cette séance, le Conseil fédéral a présenté une proposition complémentaire qui concerne, pour l'essentiel, l'utilisation du crédit de la quatrième période de subventionnement, période échue à la fin de l'année; cette proposition a été formulée pour les motifs que voici:

Par arrêté fédéral du 19 décembre 1980 concernant les crédits prévus pour la 4^e période de subventionnement selon

Wissenschaftliche Forschung. Beiträge 1984 bis 1987

Recherche scientifique. Contributions 1984 à 1987

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.010
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	281-283
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 253